



11. AKF-Jahrestagung, 13./14. November 2004, Berlin

Ergebnisse Strategieforum 2
Forschung und Wissenschaft
Gabriele Kaczmarczyk

Dr. Helene Schruff vom Referat für Sonderforschungsbereiche der **Deutschen Forschungsgemeinschaft** berichtete über die **Gleichstellungspolitik der DFG**, über das, was dort bereits erreicht wurde, und auch über die Initiativen, die bisher dort nicht realisiert werden konnten. Sie stellte Daten über die erreichten **Frauenanteile innerhalb des Fördersystems** der DFG vor:

- bei individuellen Stipendien: ca. 30 %
- bei Einzelförderung (sowohl Projekte zur Beschäftigung zusätzlicher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als auch das neue Programm der Einwerbung der eigenen Stelle): 10 bis 15 %
- Anteil von Projektleiterinnen bzw. Teilprojektleiterinnen mit koordinierten Programmen wie Sonderforschungsbereiche: 5 bis 10 %

Generell gibt es keine gesonderten Frauenförderprogramme der DFG, sondern die Politik funktioniert nach dem Prinzip, Gleichstellung in den Kontext der regulären Förderprogramme zu stellen. Ein Problem ist bisher, dass zu wenige Anträge von Frauen kommen. **Es wäre also Aufgabe z.B. des AKF und anderer Frauennetzwerke, Frauen zu ermutigen, mehr Anträge zu stellen.**

In den Lebenswissenschaften (Biologie und Medizin) kommen zunehmend Anträge mit Genderaspekten. Nach dem Bericht von Helene Schruff ist die Erfolgsquote von antragstellenden Frauen genauso gut wie die ihrer männlichen Kollegen. Anträge auf Quotierung (bei GutachterInnen, in den DFG-Gremien; als Zielvorgabe für die Leitungsstrukturen von SFBs usw.) sind bisher innerhalb der DFG immer abgelehnt worden. **AKF und Frauennetzwerke sollten die Quotierung immer wieder einfordern.**

Generell ist der derzeitige Präsident der DFG, Prof. Winnacker, dem Thema Gleichstellung gegenüber sehr aufgeschlossen, und zwar deutlich stärker als die weiblichen Vizepräsidentinnen in der DFG-Leitung. Frau sollte also die verbleibende Amtszeit von Winnacker für Initiativen nutzen!

Helene Schruff berichtete über die **erreichten Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Beruf/Familie** in den DFG-Projekten (Ermöglichung von Elternzeit und anschließender Verlängerung; ermöglichte Bereitstellung von Vertretungsmitteln; Möglichkeit von Teilzeitstellen). Die bessere Außendarstellung dieser DFG-Politik auf der Homepage, die von der Bundeskonferenz der Frauen-



11. AKF-Jahrestagung, 13./14. November 2004, Berlin

beauftragten an deutschen Hochschulen (BuKoF) angeregt wurde, ist weitgehend vorbereitet.

Zum Thema Kinderbetreuung gibt es die Bereitschaft der DFG, hierfür zusätzliche Mittel bereitzustellen. **Mittel für Kinderbetreuung sollten deshalb immer wieder eingefordert werden!**

Bei der DFG herrscht immer noch eine Sprachregelung, die nur männliche Begriffe verwendet, mit dem pauschalem Hinweis, dass unter den männlichen Bezeichnungen auch Frauen mit gemeint seien. Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle ist das Problem bewusst. **Kritik an der androzentrierten Sprache müsste von außen kommen, z.B. auch vom AKF.**

Im Forum wurde ausführlicher über den Stellenwert der neuen DFG-Anforderungen zur Einrichtung von SFBs in den Antragsformularen diskutiert, die Aussagen zur Gleichstellungspolitik der beantragenden Hochschule enthalten muss. Der bewusstseinsbildende Effekt wurde allgemein als positiv eingeschätzt. Es wurde angeregt, eine Wiederholung des schwedischen Wenneras/Wold-Studie (Nepotism and Sexism in Peer-review, Nature, 1997) zu geschlechtsspezifischen Diskriminierungen bei Antragsstellung in bezug auf die Mittelvergabe der DFG einzufordern. **Von Seiten der BuKoF wurde eine gleichartige Studie in Deutschland bereits gefordert; auch der AKF sollte dieses fordern.**

Um eine gezielte Projektförderung zu Frauengesundheitsthemen zu fördern, wurde angeregt, bei der DFG Mittel für ein „Rundgespräch“ zum Thema Frauengesundheit zu beantragen, um Forschungsdesiderate zu benennen und Projektanträge zu initiieren.

Dabei könne auch ein Bezug zu den schriftlich dokumentierten Ergebnissen der Senatskommission zur Frauenforschung der DFG aus den 90er Jahren erfolgen; dort waren bereits Defizite der Frauengesundheitsforschung aufgeführt worden. (DFG, Sozialwissenschaftliche Frauenforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahme und forschungspolitische Konsequenzen, herausgegeben von der Senatskommission für Frauenforschung, Berlin, Akademie Verlag 1994)

Am Schluss wurde angeregt, über die DFG ein Treffen aller Gutachterinnen zu initiieren.

Das Treffen sollte dazu dienen, Erfahrungen zum Umgang mit weiblichen Antragstellerinnen auszutauschen, die Gutachterinnen selbst für diskriminierende Mechanismen zu sensibilisieren und gegebenenfalls Änderungsvorschläge zum Verfahren zu entwickeln.